

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 21. Mai 1930 Nummer 117

Abrechnung! Klasse gegen Klasse! Wahlkampf als außerparlamentarische Massenaktion unter dem Banner der KPD Neuwahlen in Sachsen am 22. Juni

Dresden, den 21. Mai.
Mit 50 gegen 46 Stimmen wurde in der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages der kommunistische Auflösungsantrag angenommen. Die Neuwahlen finden am 22. Juni statt. Bei Schluß der Sitzung war das Landtagsgebäude von Polizei in Uniform und Zivil umstellt, um eine Reihe von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgt kommunistischer Abgeordneter, darunter den Genossen Renner, den Führer der sächsischen Parteiorganisation, festzunehmen. Aber die Arbeiter, die sich in Massen vor dem Landtag eingefunden hatten, verhinderten die Festnahme und begleiteten die abfahrenden Genossen mit einem donnernden „Rot Front“.

Dresden, den 21. Mai.
Wochenlang hat das sächsische Proletariat das Schauspiel eines erbärmlichen Kuhhandels, eines niederrichtigen Regierungsverfahrens erlebt. Ein halbes Duzend Mal sind die kommunistischen Auflösungsanträge vom gesamten Landtag von Killinger bis Edel niedergelassen worden. Und jetzt dennoch Auflösung. Warum? Wie kam es dazu? Werden die arbeitenden Massen fragen, wo doch alle Parteien außer den Kommunisten die Abrechnung zu fürchten haben, die Auflösung mit allen Mitteln verhindern wollten?

Es waren keine prinzipiellen Gegenätze, kein Klassenhaß im bürgerlich-sozialdemokratischen Lager, die diese Relutanz ergaben. Nicht darum ging der Streit, ob der Youngkurs, der Auss des Bürgerblocks und der Massenauflösung in Sachsen durchgeführt werden soll oder nicht. Für dessen Durchführung sind sie alle. Sie alle sind für diese schandwürdige kapitalistische „Ordnung“, die immer brüchiger wird, die Millionen Verdienender ruhmlos läßt, während eine Bande von Kapitalmagnaten Reichtum auf Reichtum häuft.

Der Streit im bürgerlich-sozialdemokratischen Lager über Regierungsbildung und Landtagsauflösung entsprang einzig und allein der Frage: Wie, mit welchen Methoden, unter welchen Verhältnissen den Youngkurs durchführen? Wie die Politik des Hungers und des Terrors vor den Massen tatsächlich verteidigen, um die Abwanderung, um die Kapitalkriegführung im proletarischen Lager zu verhindern, dem Vormarsch der kommunistischen Partei ein Paroli zu bieten? Einerseits die aus dem Krisenstand Youngkurslands sich ergebende objektive Notwendigkeit eines sächsischen Regierungskurses, andererseits die Verhärtung der Klassenbeziehungen, die Kapitalkriegführung vor den Massen, der Vormarsch des Kommunismus — aus diesem Widerspruch resultieren die Gründe, warum das „unpolitische“ Schieds-Kabinett gefehlt keine parlamentarische Mehrheit fand und auch die noch im letzten Augenblick von der SPD erhaltene Regierungskombination der Großen Koalition fehlte.

Wir bringen nachstehend die Mitteilung, daß die „linken“ SPD-Führer noch 24 Stunden vor der Auflösung bereit waren, den kommunistischen Auflösungsantrag niederzukommen, falls die Volkspartei zur Bildung der Großen Koalition bereit war. Noch in letzter Minute wollten sie als Regierungspartei die Politik des Bürgerblocks durchführen, gegen den sie jetzt angeblich den Wahlkampf richten. Nur ein wenig Bewegungsfreiheit, ein wenig Manöver, ein wenig Rücksichtnahme auf die empörten sozialdemokratischen Arbeiter war ihre einzige Forderung an die Kapitalisten der Volkspartei. Die hat ihnen den Fußtritt gegeben. Bedingungslos, die führende Partei des Truttkapitals von ihren „linken“ Trabanten. Scheinopposition außerhalb der Regierung befaßte sie ihnen, um die Abwanderung der SPD-Arbeiter ins kommunistische Lager zu verhindern, die Massenbasis des Sozialkollaps zur Durchführung einer imperialistischen Politik zu erhalten. Weiß sie doch, daß die „linken“ SPD-Führer in den Kommunen, den Polizeipräsidenten und Gewerkschaftsbüros auch außerhalb der Regierung die primitivsten Feinde der Revolution sind. Nicht bei den SPD-Führern lag die Initiative der Landtagsauflösung, sondern bei der Volkspartei, und mit der sozialdemokratischen Wahlkollaterale gegen den Bürgerblock verbandet sich das erbärmliche Bittgeschrei um die Große Koalition nach den Wahlen.

Nicht weniger gründlich wie die SPD-Führer haben sich die Nationalsozialisten als die Trabanten des Bürgerblocks entlarvt. Wie sie in Thüringen den Youngkurs des Finanzkapitals durchzuführen, waren sie auch in Sachsen bereit. Noch 48 Stunden vor der Landtagsauflösung ließ Killinger in der Presse erklären, daß er über die Verlin zur Bildung des Arbeitsministeriums mit sich reden lasse. Nur ein helms Jügeländnis wünschte er, ein Ministerpostenfleisch mit einem den Nazis nahestehenden Arbeiter. Dieser „Erfolg“ hätte dann diesen notorischen Arbeitermörder als Regierungsbildner, die Politik Schieds, des Finanzkapitals, des

Youngkurses vor ihren Anhängern zu verschleiern. Denn auch die Nazis brauchen die sozialistische Phrasen, brauchen Mandatorträger, je mehr sie ihre profitorische Politik legalisieren, in den Dienst des MassenTerrors und der Massenauflösung stellen. Der Einbruch in die Betriebe Sachsens, ihr Einbruch insbesondere in das revolutionäre Lager ist vollkommen möglich. In ihren Reihen, soweit ihre Robers aus Arbeitern bestehen, herrscht Zerfällung. Die erwerbslosen Proleten, von denen sie Zugang erhalten, haben die Nazis als gefaltete Subjekte der Unternehmer und als Vollgeißel erkannt. Eine „Arbeiterpartei“ ohne Arbeiter, aber mit Arbeitermördern! Ihre Massenbasis führt sie auf kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Schichten, die, ruiniert, ausgeplündert, das Lager der Mitte verlassen und dort der nationalsozialistischen Phrasologie zum Opfer fallen, wo die kommunistische Partei noch nicht vorgeht. Darum war eine bedingungslos, unverschleierte Unterdrückung des Schieds-Kabinetts für sie nicht tragbar, und die sozialistischen Volksbetrüger mühten sich trotz ihrer Besserschaft, den Youngkurs des Finanzkapitals durchzuführen, für die Auflösung stimmten.

Wie das Verhalten der rechten und linken Trabanten vor der Auflösung, so wird auch ihr Wahlkampf durch ihre unlosebare Verbundenheit mit der kapitalistischen Ausbeuterordnung in Young-Deutschland bestimmt. Die „linken“ Phrasen der sozialdemokratischen Presse werden wieder wahllos sein wie nie. Ihre eigenen Schandtatens werden sie mit der „Massenverräterischen“ Politik der Kommunisten vergessen machen wollen. Die proletarische Einheitsfront zur Niederrückung des Bürgerblocks ist durch die Kommunisten zerlegt worden, werden sie scheitern. Vergebens; denn wir Kommunisten werden den Massen draußen sagen, daß es die „linken“ Führer waren, die im Reichstag dem Republikanischen die Forderung der Hermann-Müller-Regierung zur Annahme verhalfen, daß sie die Besteuerung der hohen Vermögen, die Beilegung der Lohnraubsteuer niederstimmten, daß ihr „linker“ Volkspräsident Fleißner den Befehlungsantrag am 1. Mai verhängte, daß sie die Massenorganisationen der Arbeiter (Polen), statt sie zum Kampf gegen die Unternehmerröfession zu führen, daß sie eine „Internationale“ verteilten, deren Führer Wachonals die individuellen Arbeiter und Bauern niederstimmten, daß sie die Einheit einer Partei verteilten, deren Minister der Unterdrückungsraub einleiteten, durch Adhominandierungen zweimal das Brüning-Kabinett rettetten, die Politik des heutigen Bürgerblock (Fortsetzung 2. Seite)

Noch in letzter Stunde für die Große Koalition

SPD waren bereit, KPD-Auflösungsantrag niederzukommen

Dresden, den 21. Mai.
Noch einen Tag vor der Landtagsauflösung verhandeln die sozialdemokratischen Unterhändler mit den Vertretern der Volkspartei und den Demokraten über die Bildung der Großen Koalition. Sie erklärten sich bereit, den kommunistischen Auflösungsantrag niederzukommen, falls der Bürgerblock sich verpflichtet, die Bildung der Großen Koalition im Herbst durchzuführen.

Neber die „linken“ Gründe, die die „linken“ sozialdemokratischen Führer und die Nationalsozialisten zur Auflösung des Landtags bestimmten, vertritt heute morgen der „Dresdner Anzeiger“ folgendes:

Welche letzten Gründe die Nationalsozialisten nun eigentlich dazu bestimmt haben, den Landtag aufzulösen... Es scheint sich hier ähnlich zu verhalten, wie vor drei Monaten bei Büngers Sturz. Damals stellten die Nationalsozialisten das Mißtrauensvotum wohl in der Annahme, die Sozialdemokratie würde ihm nicht zustimmen. Jetzt stellen die Sozialdemokraten ihren Auflösungsantrag in dem Glauben, die Nationalsozialisten würden ihn ablehnen. Beide Male hofften die Antragsteller, sie würden in der Minderheit bleiben, aber beide Male hat sich das Spiel, das der Wählerhaß spielte, die unternehmen wurde, als zu gewagt erwießen, um glücken zu können. Man solle sich auch nicht dadurch täuschen, daß in den Landtagsanträgen der verschiedenen Fraktionen Millionenbeträge eine Rolle spielen, die für den oder jenen Zweck verwendet werden sollen. Es ist nicht so, als ob die Millionen in Hülle und Fülle da wären und nun vom Landtag verteilt werden könnten. Nein, die Beträge werden zum großen Teile aus agitatorischen Gründen geteilt.

Die Furcht vor der Währrückung, die Furcht vor den Massen hat die Arbeitervertreter zu ihren Oppositionsmanövern der letzten Wochen bestimmt. Nicht um einen Kampf gegen die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeuter geht es ihnen, sondern darum, ihre Politik zur Unterdrückung des Bürgerblocks hinter sozialistischen Phrasen zu verschleiern.

So werden wir marschieren!

Wahltag der KPD am Schwarzen Niederrhein — SPD verliert über 50 Prozent ihrer Stimmen
Auch die Nazis verlieren

Niederrhein, 20. Mai.
Die hier getätigten Stadtverordnetenwahlen brachten einen gewaltigen Sieg der kommunistischen Kräfte, eine katastrophale Niederlage der Sozialisten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Nazis. Es erhielten an Stimmen (in Klammern das Ergebnis der Wahlen am 17. November 1929):

Kommunisten	516 (412) + 74 (4 Mandate)
Sozialdemokraten	85 (226) - 121 (0 Mandate)
Zentrum	632 (837) - 305 (4 Mandate)
Christlich-Soziale	292 (191) + 101 (2 Mandate)
Nazis	60 (78) - 18 (0 Mandate)
Deutsche Volkspartei	135 (159) - 24 (1 Mandat)
Bürgerl. Arb.-Gemeinschaft	124 (257) - 133 (1 Mandat)

Zur stärksten Partei geworden!

Königsberg, 21. Mai. (Eigene Durchmeldung.)
Die Stadtverordnetenwahlen, die am Sonntag in Memel stattfanden, brachten der kommunistischen Partei einen großen Erfolg, den Sozialdemokraten und

Bürgerlichen eine schwere Niederlage. Die Kommunisten erhielten von allen Parteien zum erstenmal die größte Zahl der Stimmen. An zweiter Stelle folgten die Sozialdemokraten, dann die Beamten und die Konfiteute.

Starker Wahlerfolg der KPD in Lehrte

Lehrte, 19. Mai.
Weiter fand in Lehrte die für ungültig erklärte Gemeindevahl statt. Die Wahlbeteiligung betrug nur etwa 50 Prozent. Der Wahlausgang ist für die kommunistische Partei ein harter Erfolg. Seit Jahren bestand in Lehrte keine Ortsgruppe der KPD, und erst in den letzten Wochen gelang es wieder, eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Diese noch schwache Ortsgruppe hat eine gute Arbeit geleistet und einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die KPD erhielt 163 Stimmen. Bei der Reichstagswahl im November 1929 erhielt die KPD 40 Stimmen. Das Gesamtergebnis ist folgendes:

Kommunisten 163, kein Sitz; SPD 1529, 9 Sitze (vorher 11); Bürgerblock 1595, 8 Sitze (9); Nazi 558, 2 Sitze (2); Zentrum 282, 1 Sitz (1); Beamte 417, 2 Sitze (2).